

Protokollauszug öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft und europäische Angelegenheiten vom 15.11.2006

**Zu Ö 3 Unterstützung von Ausbildungsbetrieben im Ostviertel, Antrag der Fraktion Grüne vom 30. Mai
2006
ungeändert beschlossen
FB 02/0142/WP15**

Herr Philipp dankt der Verwaltung für die gefertigte Vorlage, bittet für die Zukunft aber um Nennung des jeweiligen Verfassers.

Frau Rennert dankt der Verwaltung herzlich für die Vorlage und erläutert kurz den Hintergrund des Antrags ihrer Fraktion. Man habe im Ostviertel die Beobachtung gemacht, dass Jugendliche mit schlechtem Schulabschluss einen ebenso schlechten Zugang zum Arbeitsmarkt fänden. Sie freue sich über die vielfältigen in der Vorlage genannten Maßnahmen, erkundigt sich aber insbesondere bezüglich der Problematik der Ausbildereignungsprüfungen nach Möglichkeiten, erfolgreich Abhilfe zu schaffen.

Frau Crumbach -Trommler dankt ebenfalls für die Vorlage, sieht aber noch Defizite. Man müsse sich vor allem mit der Unternehmerschaft kurzschließen. Außerdem sei das Problem nicht einzig das vorhandene Wissen der Auszubildenden, sondern auch und vor allem deren Disziplin. Außerdem stellt sie in Zweifel, dass bei der aktuellen Ausbildungssituation ein Beruf den Auszubildenden wirklich „gefallen“ müsse.

Herr Siemund bedankt sich für die Ausführungen der Verwaltung und den vorausgegangenen Antrag, weist aber darauf hin, dass es sich um ein stadtweites Problem handle und dieses keineswegs auf das Ostviertel beschränkt sei.

Herr Begaß erläutert die Vorlage in einigen Punkten und betont u.a., dass die Ausbildereignungsprüfung sicher ein wichtiges Thema sei. Zum Hinweis auf die Disziplin der Auszubildenden bestätigt er diesen Eindruck bei den Schlüsselkompetenzen auch aus Sicht der Verwaltung.

Frau Reinartz betont, dass aus Ihrer Sicht insbesondere Gelder in familiäre Unterstützungsmaßnahmen fließen müssten.

Herr Kitt hält die geschilderten Maßnahmen ebenfalls für sinnvoll, hält aber die Beschränkung auf das Ostviertel für falsch.

Sicher wolle man den Jugendlichen helfen, müsse die Projekte aber auf eine größere Ebene setzen.

Frau Hostettler spricht sich dafür aus, trotz der genannten Einwände die Maßnahmen wie in der Vorlage beschrieben umzusetzen. Man habe bisher gute Erfahrungen gemacht. Zur Konzentration auf das Ostviertel merkt sie an, dass es hier nun einmal die größten Probleme gebe.

Herr Görgens schließt sich seinen Vorrednern insofern an, als natürlich der Zusammenhang zwischen dem sozialen Umfeld und der Zuverlässigkeit der Auszubildenden zwangsläufig sei. Man müsse daher insbesondere auch auf Seiten der Ausbilder ansetzen. Für die Ausbildung sollten verstärkt entsprechend ausgebildete und motivierte Mitarbeiter eines Unternehmens zuständig sein und weniger die oft zeitlich zu eingebundenen Chefs selbst.

Herr Haase führt aus, dass vor allem die Vermittlung einer anderen Lernkultur wichtig sei. Schon in der Schule müsse der Wille der Auszubildenden geweckt werden. Das Motivationsproblem beschränke sich im übrigen nicht allein auf Hauptschulen. Auch bei Abiturienten mache man zum Teil ähnliche Beobachtungen. Abschließend betont er, dass ein Ansatz bei der Familie oft allein deshalb nicht möglich sei, da oft gar keine existiere.

Frau Tomys erläutert, dass in rd. 70% der Betriebe die Ausbildereignung vorhanden sei. Diese sei folglich nicht das Hauptproblem. Auch dauere die Qualifizierung nicht unzumutbar lang. Auch gibt sie zu überlegen, dass man sich von dem Anspruch, die Jugendlichen in fußläufig erreichbare Auszubildungsverhältnisse vermitteln zu wollen, verabschieden müsse.

Sie erläutert sodann einige weitere Projekte und betont, dass einige der nicht vermittelten Jugendlichen leider schlicht nicht ausbildungsfähig seien.

Frau Reinartz erinnert an die Idee einer zentralen Ausbildungsstätte für unterschiedliche Gewerke.

Herr Phillip führt hierzu aus, dass es solche Projekte gebe. Neu sei, dass nun auch die Kammern als Auszubildende auftreten. Während der Ausbildung gebe es dann Teilausbildungen in einzelnen Betrieben.

Herr Begaß erläutert zur Kritik an der Konzentration auf das Ostviertel, dass die bisher gelebte Arbeitsteilung vorsehe, dass sich primär Kammern und frei Träger dem Thema Ausbildung widmen, während die Stadt Aachen diesmal über das Thema „Ostviertel“ beteiligt sei. Außerhalb der Grenzen des Ostviertels wolle man daher keine Konkurrenz sein.

Abschließend fragt Herr Kitt nach, ob bisher in diesen Projekten Zuschüsse der Stadt notwendig waren.

Herr Begaß führt hierzu aus, dass man es bisher immer geschafft habe, einen Eigenanteil der Stadt Aachen zu vermeiden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und europäische Angelegenheiten nimmt den Auftrag an die Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und beschließt mehrheitlich, die Verwaltung zu beauftragen, die vorgeschlagenen Maßnahmen zu prüfen und so weit wie möglich umzusetzen.